

■ Kulturpolitischer Streifzug

Bundeskulturpolitik als Förderpolitik, strukturelle Reform und inhaltliche Akzentsetzung

Gegenstand des »Kulturpolitischen Streifzugs« im vorherigen Heft der *Kulturpolitischen Mitteilungen* war die »Kultur in der Hauptstadt« und die Diskussion über die »Hauptstadtkultur«. Dass dieses Thema/diese Themen die kulturpolitische Aufmerksamkeit in der nächsten Zeit nicht mehr auf sich ziehen würde(n), war wahrscheinlich von niemandem erwartet worden.

Hauptstadtkulturförderung

Bezogen auf die »Hauptstadtkultur« gibt es inzwischen eine positive Entwicklung dergestalt, dass die Bundeskulturförderung für die Hauptstadt für die nächsten vier Jahre vertraglich festgelegt ist. Aus den sieben Berliner Kultureinrichtungen, die Anfang Juli auf einer zwischen dem Kulturstaatsminister Michael Naumann und dem Berliner Kultursenator Christoph Stölzl vereinbarten Liste standen (»Der Listenreiche. Was der Bund in Berlin übernimmt«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 3.7.2000), sind vier kulturelle Institutionen geworden, die vom Bund voll finanziert werden: das *Jüdische Museum* (18 Mio. DM), die *Berliner Festspiele GmbH* (11,4 Mio. DM) einschließlich der Anmietung der früheren *Freien Volksbühne* als künftigem Festspielhaus, das *Haus der Kulturen der Welt* (4,8 Mio. DM) und der *Martin-Gropius-Bau* (1,9 Mio. DM). Bei diesen Institutionen bleibt die Stadt Berlin in den Gremien der Einrichtungen vertreten, kann aber den Bund bei entscheidenden Fragen nicht überstimmen. Diese Beteiligung Berlins in den Entscheidungsgremien der vom Bund vollständig finanzierten Einrichtungen ist im *Bundestagsausschuss Kultur und Medien* auf Kritik beim kulturpolitischen Sprecher der CDU, Norbert Lammert, gestoßen ist. (FAZ, 7.7.2000)

Zu dieser institutionellen Förderung von 36 Mio. DM kommen noch 44 Mio. DM Bundeszuschüsse als Berliner Anteil an den Bauinvestitionen der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz* (ursprünglich sollten die Berliner Betriebskosten von 26 Mio. DM vom Bund übernommen werden). (»Was der Bund in der Berliner Kultur finanziert«, *Frankfurter Rundschau* (FR), 15.7.2000)

Herausgefallen sind aus der Anfang Juli abgesprochenen Bundesförderung die beiden Stiftungen, bei denen auch das Land Brandenburg beteiligt ist: die *Stiftung Preu-*

ßische Schlösser und Gärten (13 Mio. DM) und die *Stiftung Archiv der Akademie der Künste Berlin-Brandenburg* (6 Mio. DM), ganz abgesehen von den ursprünglichen Überlegungen, ein oder mehrere der Berliner (Musik-) Theater, die *Berliner Philharmoniker* oder die *Gedenkstätte Topographie des Terrors* in die Bundesförderung zu nehmen. Zu dieser jetzt vereinbarten institutionellen beziehungsweise investiven Förderung von ca. 80 Mio. DM pro Jahr kommen noch jährlich 20 Mio. DM Projektmittel für den *Hauptstadtkulturfonds*. Der Vertrag gilt von 2001 bis 2004 und wurde vom Berliner Senat am 18. Juli unterschrieben.

Mit diesem Hauptstadtkulturvertrag sind zwar finanzielle und strukturelle Tatsachen (wie sie in etwa erwartet worden waren) für die nächsten vier Jahre geschaffen worden, aber damit wird weder in der einen noch der anderen Richtung die Diskussion um die Bundes-Berlin-Förderung verstummen. Dass weitere Anforderungen an den Bund gerade auch von Berliner Bundestagsabgeordneten gestellt werden, zeigen beispielsweise zitierte Äußerungen aus verschiedenen Parteien in dem Artikel »Hauptstadtförderung ›mit zwei Pferdefüßen« im *Parlament*, 7.7.2000, und dass vor allem südlich des Mains weiter gegen den »Imaginationalstaat« polemisiert wird, überrascht auch niemanden. Dafür steht beispielhaft der Artikel von Claudius Seidl unter eben dieser Überschrift in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ): »Der Bund handelt nicht wie ein Fürst; was er tut, gleicht eher dem, was auch die großen Unternehmen tun, die gern ein paar Millionen für die Kultur spendieren. Man hält die Künste aus, im durchaus doppelten Wortsinn: Wer zahlt, stellt sich über den, der das Geld bekommt; und wer die Zumutungen der Kunst ertragen kann, beweist damit eben nicht nur Toleranz, sondern immer auch seine Macht und unbedingte Souveränität.« (21.7.2000)

Und auch für den bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, bietet die Finanzierungsübernahme der vier Berliner Kultureinrichtungen durch den Bund wieder einen Anlass, sich über die Naumannsche Repräsentationskultur in Berlin (»Wer betteln geht, verrät seine Identität. Wieso muss Berlin denn die erste Geige spielen?«, FAZ, 13.7.2000) und die vermeintliche Benachteiligung bayerischer Kulturinstitutionen durch den Bund zu beklagen, was

wiederum von Michael Naumann, Bundesstaatsminister für Kultur und Medien, entschieden zurückgewiesen wird. (»Streit zwischen Naumann und Zehetmair: Über Kultur-Kürzungen in München, Bayreuth und Nürnberg uneins«, FAZ, 8.8.2000).

Zur Bundeskulturförderung ist weiter bemerkenswert, dass Mitte Juli von Kulturstaatsminister Naumann gemeinsam mit seinen Kollegen aus den fünf ostdeutschen Bundesländern eine Aufstockung des »Aufbauprogramms Kultur in den neuen Ländern« um 30 Mio. DM beschlossen wurde. Mit den zusätzlich bereitgestellten 30 Mio. DM Bundesmitteln werden 57 Projekte mit einem Volumen von insgesamt 100 Mio. DM, vornehmlich Renovierungen und Grundsanierung, gefördert. (FAZ, 18.7.2000)

Kulturpolitik in Berlin

Die andere Seite der »Hauptstadtkultur« ist die Kulturpolitik der Stadt beziehungsweise des Landes Berlin. Hier hat Kultursenator Stölzl – kaum 100 Tage im Amt – ein 80seitiges Papier vorgelegt mit dem Titel »Bericht zur Bühnenstruktur – Einleitung von Reformmaßnahmen«. Das Papier müsste nach dem FAZ-Autor Moritz Müller-Wirth den Untertitel tragen »Kampfansage an das bestehende System«: Denn »in erstaunlich kurzer Zeit hat Stölzl offenbar dreierlei erkannt: erstens, dass die bisherige Politik der kleinen Schritte zur Konsolidierung der chronisch defizitären finanziellen Lage maßgeblicher Berliner Bühnenhäuser keinerlei Aussicht auf Erfolg hat. Zweitens, dass von den politischen Gremien im Rahmen der künftigen Haushaltsverhandlungen keine Unterstützung zu erwarten ist, wenn man nicht auch den Häusern selbst drastische, ja schmerzhaft Reformschritte aufnötigt. Und drittens, dass es für die große Koalition samt ihrem Regierenden Bürgermeister reichlich kompliziert werden würde, zu erklären, warum nach dem Abgang der in Berlin nie heimischen Christa Thoben mit Stölzl ein kulturpolitisch außerordentlich ortskundiger Senator politisch entnervt das Weite suchte.« (FAZ, 29.6.2000)

In dem Papier wird einerseits ein Mehrbedarf für die Bühnen von 50 Mio. DM für das kommende Jahr angekündigt und zum anderen wird die teilweise Zusammenlegung der drei Opern erwogen, von den Gewerkschaften die Akzeptanz von Sonderregelungen

gefordert und eine Rechtsformänderung der Bühnen vorgeschlagen. Darüber hinaus geht es um einen Abfindungsfonds und Werkstattzusammenlegungen. In der *Süddeutschen Zeitung* beschreibt Thierry Chervel die Umsetzung dieses Papiers als einen »Drahtseilakt über dem Haushaltsloch«, wozu sie die notwendige Renovierungskosten vieler Kultureinrichtungen vor allem im Osten in der Höhe von 400 Mio. DM in den nächsten Jahren hinzuzählt, die in bislang keinem Haushaltsansatz stehen und auf die Stölzl in seiner Diskussion beim *Rat für die Künste* hingewiesen hat. (SZ, 5.7.2000)

Wie brisant allein die finanzielle Seite der Neuordnung der Berliner Bühnenlandschaft ist, wird durch eine interne Sparliste Stölzls deutlich, die er Anfang August dem Senat vorgelegt hat, mit der er einen 20 Mio. DM Fehlbetrag im kommenden Jahr decken will, der in diesem Jahr durch Lottomittel finanziert worden war. Nach dieser Liste sollen 2001 die Zuwendungen für einzelne Bühnen zwischen 1 bis knapp 4 Mio. DM reduziert werden. (*Tagesspiegel*, 10.8.2000) Stölzls senatsinterne Sparvorschläge sind drei Wochen später Realität geworden. Anfang September bekamen die landeseigenen Theater in einem Schreiben mitgeteilt, dass sie im Rahmen des Haushaltssanierungsgesetzes für die neue Spielzeit 5% von ihrem Etat einsparen müssen, wozu noch die dreiprozentigen Tarifsteigerungen hinzuzurechnen sind. Nur so liessen sich die »pauschalen Minderausgaben von 20 Mio. DM ausgleichen. (*Tagesspiegel* 8.9./FAZ 9.9.2000)

Wie schwierig die Kulturfinanzierung in Berlin gegenwärtig ist und wie wenig einvernehmlich hier manchmal zwischen Bund und Berlin agiert wird, zeigt eine kleine Notiz in der *FAZ* vom 30.8. Daraus geht hervor, dass der Bund Berlin für die nächsten 10 Jahre zusätzlich 25 Mio. DM pro Jahr für die Sanierung der Museumsinsel zahlt. Die Zahlung war im Rahmen der Verhandlungen über die Zustimmung der großen Koalition in Berlin zur Steuerreform zwischen dem Bund und Berlin vereinbart worden, gemeinsam mit der Verpflichtung des Bundes, zusätzlichen 20 Mio. DM jährlich für die vier vom ihm übernommen Kultureinrichtungen zu zahlen. Als ein Sprecher des Finanzsenators erklärte, dass die dadurch »freigewordenen« Mittel zur Schuldentilgung des Berliner Haushaltes eingesetzt werden sollen, wurde dem von Seiten des Bundesbeauftragten widersprochen. »Es ist unser ausdrücklicher Wille und das Ziel der Verhandlungen gewesen, dass durch die Gelder ein größerer Spielraum für Senator Christoph Stölzl geschaffen wird«, so der Abteilungsleiter Knut Nevermann. Der Bund wolle mit dem Geld nicht Schulden tilgen, sondern Kultur fördern, falls dies nicht geschehe, sei dass »Be-

trag gegenüber dem Bund« (*FAZ* 30.8.2000)

Insgesamt wendet Berlin jährlich 488.465.000 DM für die 23 staatlichen und privaten Theater- und Opernhäuser, 2 Konzerthäuser und 3 Sinfonieorchester auf. (*Freitag*, 28.7.2000) Trotzdem sind viele von ihnen verschuldet, und keine Einrichtung kommt anscheinend mit ihrem Etat aus. (Vgl. hierzu auch ausführlich »Das Theater als Behörde«, *Der Spiegel*, 29/2000, mit detaillierten Angaben zu den Aufwendungen, Schulden und Subventionen der einzelnen Berliner Theater)

Einen Kern- und Knackpunkt der Reform der Berliner Bühnenlandschaft bildet die Neustrukturierung der Musiktheater. Aber diese Anforderung stellt sich gegenwärtig in Berlin als besonders prekär dar, da es nicht nur um die bekannten Strukturprobleme geht, die sich bei der Oper mit den großen Kollektiven Orchester und Chöre besonders schwierig darstellen, sondern auch wegen der speziellen Personalsituation an den Berliner Opern und Orchestern. Jede mögliche strukturelle Veränderung wird immer sofort unter Personalgesichtspunkten, d.h. den Eitelkeiten und persönlichen Animositäten, der gegenseitigen Konkurrenz und unterschiedlichen künstlerischen Profilen der einzelnen Intendanten und Generalmusikdirektoren diskutiert und schnell verworfen. Nicht die sachlich vernünftige Lösung, sondern die vermeintliche Prominenz der künstlerischen Leitung und ihre individuelle Profilierung stehen im Mittelpunkt der Überlegungen – vor allem wenn die Reformvorschläge in den Feuilletons kommentiert werden. (Vgl. u. a. »Frischer Mut. Und alte Seilschaften. Die Zukunft der Berliner Orchester«, *FAZ*, 2.7.2000; »Stölzlpille«, *FAZ*, 25.7.2000; »Bis sie Amok laufen. Über die bizarren Pläne für eine Berliner Opernfusion«, *Die Zeit*, 27.7.2000; »Wahnsinns-Szenen in Berlin«, *taz*, 31.7.2000; »Kein Himmel über Berlin. Die Lösung der Opernfrage liegt in weiter Ferne«, *FAZ*, 22.8.2000, »Eins, zwei, drei. Berlin braucht auch in Zukunft seine Opernhäuser« *Tagesspiegel* 7.9.2000)).

Personalrevirements

Parallel zum Hauptstadtkulturvertrag wurden zwei wichtige Personalentscheidungen getroffen, die Bund und Berlin gleichermaßen betreffen

und einvernehmlich zwischen ihren kulturpolitischen Repräsentanten entschieden worden waren. Nach 27 Jahren legt Ulrich Eckhardt die Leitung der *Berliner Festspiele GmbH* nieder. Sein Nachfolger wird der Generalsekretär des *Goethe-Instituts*, Joachim Sartorius. Und Dieter Kosslick, bislang Leiter der *Filmstiftung NRW* löst Moritz de Handel als *Berlinale*-Chef ab.

Bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der beiden neuen Akteure in der Berliner Kulturpolitik wurden bereits einige Veränderungen sowohl bei den Aktivitäten der *Festspiele GmbH* als auch bei der *Berlinale* angekündigt. (»Ende einer Epoche«, *SZ*, 18.7.2000) Aber mit Recht fragt Heinrich Wefing in der *FAZ* nach, ob mit der veränderten Rolle Berlins als Hauptstadt und inmitten der Neuordnung seiner Kulturlandschaft nicht die Frage nach der Zukunft und Sinnhaftigkeit der *Festspiele GmbH* insgesamt hätte gestellt werden müssen. (»Sind so schöne feste Spiele«, *FAZ*, 13.7.2000)

Für Harry Nutt ist die Entscheidung für Sartorius, der für ihn mit Stölzl und Naumann die »drei Tenöre« der Berliner Kulturpolitik komplett macht, Anlass, über den Typus des heutigen Kulturpolitikers nachzudenken, die er mit einem »enormen Professionalisierungsdruck konfrontiert (sieht). Kompetenz und Leidenschaft für die Künste gehören ebenso zum Anforderungsprofil eines umsichtigen Kulturdezernenten wie Kenntnisse über Fundraising und Betriebswirtschaft. Naumanns Gespür für seinesgleichen in entsprechenden Positionen korrespondiert mit dem unterentwickelten Gestaltungswillen der nachfolgenden Generation. Es wird nicht allzu lange dauern, dann stehen die Zaungäste allein auf der Vorderbühne« (»Drei Tenöre. Kulturpolitik als Metapher«, *FR*, 14.7.2000)

Anzeige

Berufsbegleitendes Weiterbildungsstudium im Blockstudienformat



Kulturmanagement

Das Weiterbildungsstudium an der HWP bietet Ihnen die Möglichkeit, Ihre Berufstätigkeit mit dem Studium zu verbinden. In jedem Semester haben Sie die Wahl zwischen einzelnen, in sich abgeschlossenen Bausteinen, die an Wochenenden oder als Bildungsurlaub angeboten werden. Im Sommersemester 2001 stehen u.a. die folgenden Bausteine auf dem Programm:

- Interkulturelle Kompetenz
- Reformprozesse der staatlichen Kulturförderung
- Controlling in der Praxis

Die HWP bietet darüber hinaus Weiterbildungsstudiengänge zu „Medienmanagement“, „Bildungsmanagement“ sowie „Management in Vereinen, Verbänden, Vernetzung“ an.

Informationen: Heike Budde, Institut für Weiterbildung an der HWP, Rentzelstraße 7, 20146 Hamburg, Tel. 040/42838-2179, Fax 040/42838-6479, Email: BuddeH@hwp-hamburg.de, <http://www.hwp-hamburg.de> (unter „Weiterbildung“)



Eine andere wichtige Personalentscheidung in der Bundeskulturpolitik betrifft nicht die Stadt Berlin, sondern den *Bundestagsausschuss für Kultur und Medien*. Die bisherige Ausschussvorsitzende Elke Leonhard (SPD) hat wegen »unüberbrückbarer inhaltlicher Gegensätze« mit Kulturstaatsminister Naumann ihr Amt niedergelegt. (FAZ, FR, 1.7.2000) In einem Interview in der SZ vom gleichen Tag spricht sie von sachlichen Gegensätzen u. a. beim Holocaust Mahnmal, der von ihr befürworteten Übernahme der *Topographie des Terrors* durch den Bund und eine angedachte Bundeskulturstiftung sowie von »atmosphärischen Störungen« zwischen ihr und Naumann. In einer späteren Stellungnahme warf sie Naumann »Verfassungsbruch« und »Entmachtung des Parlaments« vor und ihrer eigenen Partei, ihr einen »Maulkorb« erteilen zu wollen. (FR, 10.7.2000) Als Nachfolgerin wurde Monika Griefahn (ebenfalls SPD) vom Kulturausschuss gewählt, die ihrerseits der ehemaligen Ausschussvorsitzenden »nicht abgesprochene eigenmächtige Alleingänge« und fehlenden Rückhalt in der Partei vorhielt. (FAZ, 6.7./13.7.2000) Als ihre Vorstellungen für die nächsten Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses nannte sie u. a. die Debatte über die Gestaltung des Berliner Schlossplatzes und eine verstärkte Konzentration auf die Neuen Medien, speziell das Internet. (*Kölner Stadtanzeiger (KStA)*, 21.7.2000)

Inhaltliche Akzentsetzung und strukturelle Maßnahmen

Auch wenn gegenwärtig die Förderpolitik und Personalrevisions im Mittelpunkt der Betrachtungen der Bundeskulturpolitik stehen, so gibt es auch unter inhaltlichen Gesichtspunkten und solchen struktureller Veränderungen Entwicklungen, die allgemeine kulturpolitische Aufmerksamkeit verdienen.

Im vergangenen Heft dieser Zeitschrift hatten wir das Papier »Auswärtige Kulturpolitik – Konzeption 2000« abgedruckt. (*Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 89 (II/2000), S. 44-46; vgl. hierzu auch Horst Harnischfeger: »Die auswärtige Kulturpolitik vor einem Wendepunkt«, *aus politik und zeitgeschichte* 24/2000, S. 3-5) Zur Diskussion dieser Überlegungen wurden Akteure der auswärtigen Kulturpolitik zum Forum »Zukunft der Auswärtigen Kulturpolitik« Anfang Juli nach Berlin eingeladen. Außenminister Fischer machte dabei deutlich, dass »ein zeitgemäßes Verständnis der auswärtigen Kulturpolitik« diese als »integralen Bestandteil einer auf Konfliktprävention und Friedenssicherung ausgerichteten deutschen Außenpolitik« verstehen muss. (Vgl. »Weder Säule noch Sahnehaube. Ein Forum zur Zukunft der auswärtigen Kulturpolitik«, FR, 6.7.2000 sowie den nebenstehenden

Beitrag zu dieser Konferenz und die Debatte)

Während FAZ-Feuilletonchef Ulrich Raulff in seinem Artikel über die Fischer-Rede sich nicht so recht entscheiden kann, ob seine Ironie stärker den bisherigen Akteuren der auswärtigen Kulturpolitik mit ihren »Klagechören« oder den »interessanten Tönen, die Fischer ins Konzert der Kulturpolitik bringt«, gilt (»An deutscher Liedertafel. Fischer und die Chöre der auswärtigen Kulturpolitik«, FAZ, 6.7.2000), ist dies in der Stellungnahme des Leiters des Moskauer *Goethe-Institutes* und des Pressesprechers des *Goethe-Institutes* Berthold Franke eindeutig. In der stärkeren Ausrichtung der auswärtigen Kulturpolitik auf die Achtung der Menschenrechte als zentrale Aufgabe und Teil einer Außenpolitik der Konfliktprävention sehen sie Zeichen einer »soziokulturellen Degradierung« der auswärtigen Kulturpolitik. (»Die Diplomatie der Kunst«, SZ, 31.7.2000)

Auswärtige Kulturpolitik zieht aber nicht nur wegen der neuen Konzeption verstärkte Aufmerksamkeit auf sich, sondern auch wegen ihrer strukturellen Änderungen. So wurde Mitte Juli von *Inter Nationes* und dem *Goethe-Institut* die noch vor kurzer Zeit heftig umstrittene Fusion der beiden Mittlerorganisationen unter dem Namen *Goethe-Institut Inter Nationes e.V.* beschlossen. Der formelle Beschluß soll am 21. 9. gefasst werden. (»Das Deutschlandportal«, *Die Zeit* 27.7.2000) Nicht sehr viel später wurde allerdings bekannt, dass im Prüfungsbericht des *Bundesrechnungshofes* die Schließung weiterer Goethe-Institute und ein zusätzlicher Abbau von Stellen gefordert worden sei. Eine beabsichtigte Schließung von 50 Instituten wurde aber dementiert. 1993 verfügte das Goethe-Institut noch über 149 Auslandsinstitute, inzwischen sind es noch 121. (FR 11.9.2000)

Zur auswärtigen Kulturpolitik gehört auch die *Deutsche Welle*. In vergangenen »Streifzügen« wurde öfter auf die Auseinandersetzungen um den Auslandsrundfunk seit Beginn der rot-grünen Bundesregierung hingewiesen. Nachdem die Auseinandersetzung bislang vor allem um die Kürzungen des Etats gingen, ist im Sommer vom zuständigen *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* ein Planungspapier vorgelegt worden – das sogenannte »Hanten-Papier«, nach seinem Verfasser –, in dem »überlegt wird, wie eine bessere Verknüpfung des Angebotes mit den Zielen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik ... bewerkstelligt werden kann«. Der FAZ-Autor Michael Hanfeld wirft diesem Papier nicht nur Unkenntnis des Angebots der *Deutschen Welle* vor (»wie die Rede eines Blinden von der Farbe«, sondern

auch den Willen zum »getarnten Staatsfunk«. (»Berliner Funkwurm« FAZ 1.9.2000, vgl. auch »Deutscher Wellensalat«, taz, 8.9.2000)

Die andere größere Strukturreform im vergangenen Jahr auf kulturpolitischer Bundesebene betrifft die Neuordnung der Kulturförderung nach dem Bundesvertriebenengesetz (Vgl. hierzu ebenfalls verschiedene frühere Folgen des »Streifzuges«). Die Umsetzung dieser Neuorganisation ist allerdings bislang am Widerstand der Länder gescheitert, die hierbei mitwirkungsrechtlich sind. (»Widerstand gegen Naumanns Pläne«, FAZ, 17.6.2000; vgl. auch hierzu den ausführlichen Leserbrief des CDU-Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk in der FAZ, 24.6.2000)

Denkmalpflege ist vor allem eine Aufgabe von Landeskulturpolitik und gehört zu den wenigen kulturellen Verpflichtungen, die gesetzlich in Landesgesetzen geregelt sind. Durch ein von Antje Vollmer, kulturpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von *Bündnis90/Die Grünen* und Bundestagsvizepräsidentin, in Auftrag gegebenes Gutachten an den Stadtforscher Dieter Hoffmann-Axthelm, das im Frühjahr bekannt wurde, ist ein Stein losgetreten worden, der breite kulturpolitische Aufmerksamkeit und Unruhe hervorgerufen hat. In der letzten Ausgabe der *Kulturpolitischen Mitteilungen* hatten wir eine Thesenpapier von Antje Vollmer hierzu veröffentlicht. Kurze Zeit später erschien von ihr ein ausführlicher Beitrag in der FAZ (14.6.2000). Nach den ersten aufgeregten Stellungnahmen (vgl. *Kulturpolitische Mitteilungen*, H. 89, S. 11) meldeten sich in der Folgezeit eine Reihe von Sachkundigen zu Wort. In der FAZ u.a. der Stadtforscher Dieter Bartzeko (9.6.), der Architekturhistoriker Arnold Bartzeko (14.6.), der Vorsitzende der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger Jörg Haspel (17.6.), der Direktor der *IBA Emscher Park* Karl Ganser (4.7.), der Stadtdenkmalpfleger Eckart Rüscher (8.8.) sowie der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Lammert (25.7.) (Vgl. hierzu auch die Beiträge von Diethart Kerbs in der FR vom 23.6. und von Ursula Schneider in der taz vom 1.9.2000)

Der Grundtenor der Beiträge, bei aller unterschiedlichen Begründung, ist von der Ablehnung der Vorschläge von Hoffmann-Axthelm geprägt, wobei zumindest von einigen die Intention begrüßt wurde, die eingeschlafene Diskussion über Denkmalpflege zu beleben. Auch in den *Kulturpolitischen Mitteilungen* werden wir in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher darauf eingehen.

Bernd Wagner